

BS  
C/O OLIVER BROSCART  
VORSITZENDER BS  
HARDENBURGSTRASSE 41  
67117 LIMBURGERHOF  
(EMAIL: VORSTAND@BS-BAWUE.DE)

04.09.2022

## **Pressemitteilung**

### **Joukov: Die Finanzierung der Studienberatung an Hochschulen muss gesichert sein**

Über aktuelle Themen der Studienberatung an den Landeshochschulen diskutierten im Juli Michael Joukov, Sprecher für studentische Belange und akademischen Nachwuchts von Bündnis 90 / Die Grünen im baden-württembergischen Landtag, Björn Dohl, parlamentarischer Berater für Wissenschaft, Forschung, Medien und Kunst der Landtagsfraktion der Grünen sowie die beiden Vorsitzenden des Berufsverbands für Studien- und Laufbahnberatung, Orientierung und Information an Hochschulen in Baden-Württemberg e. V. (BS) Miriam Bischoff und Oliver Broschart. Nach einem virtuellen Treffen im Herbst 2021 war es das zweite Treffen dieser Art.

Miriam Bischoff und Oliver Broschart machten gemeinsam deutlich, dass der Trend psychischer Belastungen der Studierenden anhalte und nicht erst seit der Pandemie bestehe. Dabei zogen sie Beispiele aus ihrer eigenen Beratungspraxis heran. Sie plädierten für ein niedrigschwelliges Angebot direkt an den Hochschulen, da viele Studierende zunächst an der eigenen Hochschule nach Unterstützung suchten, häufig in den Zentralen Studienberatungsstellen. Allerdings gäbe es immer noch einige Hochschulen ohne allgemeines Studienberatungsangebot, auch seien die personellen Ressourcen oftmals knapp bemessen. Trotz rückläufiger Studierendenzahlen im Land sei die Beratungsnachfrage konstant hoch. Bischoff und Broschart sehen einen Grund in der immer heterogener werdenden Studierendenschaft. Durch unterschiedliche Voraussetzungen bei den fachlichen Vorkenntnissen und der Selbstorganisation entstehe auch ein höherer Betreuungsaufwand.

Sorgen bereitet den beiden Politikern Joukov und Dohl unterdessen der teils drastische Bewerberrückgang an den Hochschulen. Viele Studienplätze blieben dadurch gerade auch in den zukunftsorientierten MINT-Studiengängen unbesetzt, was an einigen Hochschulen bereits zu finanziellen Engpässen führe. Die Hochschulen stecken im Dilemma: Einerseits müssen die vorhandenen Studierenden personell intensiver betreut werden, andererseits brechen den Hochschulen die Einnahmen weg. Auf der Suche nach Gründen für den Bewerbermangel machte man neben demografischen Faktoren auch die Tatsache mitverantwortlich, dass viele Abiturient:innen während der Pandemie zunächst nebenerwerbstätig wurden, ohne aber bisher in größerem Maße in Ausbildung oder Studium zu wechseln.

Insgesamt waren sich Joukov, Dohl, Bischoff und Broschart einig, dass die Finanzierung der Betreuungs- und Beratungsangebote an den Hochschulen flächendeckend gesichert sein muss. So kann eine qualitativ hochwertige Beratung Studierende in der Studieneingangsphase bei einem erfolgreichen Studieneinstieg unterstützen und in Krisensituationen während des Studiums vor Scheitern und Studienabbruch bewahren. Gleichzeitig können aber auch Karriereentscheidungen durch Studienberatung frühzeitiger getroffen werden, etwa wenn ein Wechsel in eine Ausbildung der angemessener Weg für die betreffende Person ist. Insgesamt hilft Studienberatung also dabei, Ressourcen zu sparen und die psychische Gesundheit der Studierenden zu stärken.

Dass dies alles nicht zum Nulltarif zu haben ist, machte Michael Joukov deutlich, weshalb er die Finanzierung eines grundsätzlichen Studienberatungsangebots an allen Hochschulen im Land in die im Herbst anstehenden Haushaltsverhandlungen der grün-schwarzen Koalition einbringen möchte. „Auch wenn der finanzielle Spielraum aufgrund der Energiekrise und der Pandemie immer enger wird, so ist dies doch ein wichtiger Schritt, um das Budget der Hochschulen für die Zentralen Studienberatungsstellen in den kommenden Jahren zu stabilisieren.“ Und mit Blick auf das im Jahr 2023 anstehende 50-jährige Jubiläum der Zentralen Studienberatung in Baden-Württemberg meint Joukov: „Es wird Zeit, dass Studienberatung im Land wieder eine eindeutigere Rechtsgrundlage erhält.“ Weshalb er sich für eine rechtliche Regelung bei der nächsten Novellierung des Landeshochschulgesetzes stark machen möchte.



Michael Joukov, Miriam Bischoff und Oliver Broschart im Stuttgarter Landtag

Foto: Kyra Lenoudias